



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/80 - 8. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Dr. Heinrich Krone und der "starke Bund"</u> Die Besatzungsmächte und das Grundgesetz Eine zeitgemäße Erinnerung an den 20. April 1949 Von Dr. Walter Menzel, MdB	68
2a	<u>Ein kaum glaublicher Vorfall</u> Zu einer "Entgegnung" des Bundesverteidigungsministeriums	56
3	<u>"Neue Politik"</u> Vor einer Parteigründung	52
4	<u>Kindereher - immer noch ein Weltproblem</u> Wirtschafts- und Sozialrat der UNO suchen nach einer Lösung	51
5 - 6	<u>Eine "Zweite Front" in Südost-Asien?</u> Verstärkter kommunistischer Druck in Süd-Vietnam Von Eberhard Dingels	64

* * *
* * *

8. April 1961

Dr. Heinrich Krone und der "starke Bund"

Die Besatzungsmächte und das Grundgesetz

Eine zeitgemäße Erinnerung an den 20. April 1949

Von Dr. Walter Menzel, MdB.

Dr. Heinrich Krone, Fraktionsvorsitzender der CDU, forderte in der "Sozialpolitischen Korrespondenz" vom 1.4.61 einen "starken Bund" und gibt vor allem den Besatzungsmächten die Schuld daran, daß dieses Ziel mit dem Grundgesetz nicht erreicht wurde.

Als der Parlamentarische Rat von dem Veto der Alliierten vom 25.3.49 gegen den vorläufigen Entwurf eines Grundgesetzes unterrichtet wurde, reagierten die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD sehr verschieden.

Die SPD-Fraktion wollte an dem einstimmig gefundenen Kompromiß des 7er-Ausschusses des Parlamentarischen Rates festhalten. Dieser Kompromiß fußte auf eine dem Bund günstigen Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung. In dem Augenblick aber, in dem das Veto der Besatzungsmächte überreicht wurde, erklärte Herr Dr. L e h r (CDU) in der 55. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 6. April 1949:

"Es kann von unserer Seite n i c h t zugestanden werden, daß im Augenblick die Formulierungen, die uns von alliierter Seite gegeben worden sind, die Grenze dessen bedeuten, wo Zugeständnisse das Grundgesetz zu einem untauglichen Instrument machen würden."

Herr Dr. S e e b e r g erklärte für die DP:

"Sie hält an dem Grundsatz eines wohlabgewogenen Bundesstaates fest und macht ihre Zustimmung zum Grundgesetz davon abhängig, daß die Prinzipien eines föderativen Aufbaues zur Wahrung der deutschen Einheit und der inneren Harmonie des deutschen Gesamtstaates verwirklicht werden."

Als die Deutsche Partei das nicht erreichte, lehnte sie das g e - s a m t e Grundgesetz ab.

Das sind offenbar die Gründe, die Dr. Krone sich entgegenhalten lassen mußte, als er Anfang April 1949 nach Bonn fuhr und forderte, die künftige Bundesgewalt zu stärken.

Als sich die Lage gegenüber den anderen Parteien und der Besatzungsmächten zuspitzte, stellte dem die SPD am 20. April 1949 unter Vorsitz

8. April 1961

von Kurt Schumacher in Hannover ein entschiedenes "Nein" entgegen. Dieses "Nein" veranlaßte ein Einschwenken der drei westlichen Alliierten, die dann mit einer bereits Anfang April vorbereiteten, aber bis zum 20. April zurückgehaltenen Note endgültig nachgaben.

Das "Nein" von Hannover wurde im "DUD" folgendermaßen bewertet:

"Während die EntschlieÙung nur im ersten Punkt sagt, die notwendige deutsche Entschlußfreiheit dürfe durch die Besatzungsmächte nicht weiter beeinträchtigt werden, erklärte Dr. Schumacher in diesem Interview: "Wir müssen den Besatzungsmächten sagen: Bis hierher und nicht weiter."

Und daran wurde die Frage geknüpft: "Man muß die Frage stellen, wie sich Schumacher eine Auseinandersetzung auf Biegen und Brechen mit der Militärregierung und den Besatzungsmächten denkt."

Dr. Schumacher konnte diese Frage des "DUD" mit dem Hinweis auf das Einschwenken der Alliierten klar beantworten. Mit der Einmischung der drei Besatzungsmächte in den Aufbau des Grundgesetzes war es endgültig vorbei.

Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. A d e n a u e r , meinte in einer Rundfunkrede:

"Ich finde auch, daß die Angriffe gegen die Alliierten unberechtigt sind. Es ist nicht wahr, daß sie ständig intervenierten."

Nach dem "Rheinischen Merkur" vom 30.4.1949 haben dann auch alle Fraktionsvorsitzenden, mit Ausnahme des der KPD, die Überzeugung mit nach Hause genommen, "daß sie sich in ihren Entscheidungen ausschließlich durch deutsche, von fremden Einflüssen unabhängige Erwägungen bestimmen lassen..."

Mit dem "Nein" von Hannover waren die Schwierigkeiten, die die Alliierten dem Parlamentarischen Rat zu bereiten versuchten, endgültig gescheitert. Damals allerdings war das Echo im Blätterwald der CDU/CSU über den SPD-Beschluß vom 20.4.1949 ein völlig anderes. Es mag hier genügen, an ein Zitat aus den "Rühr-Nachrichten" vom 23.4.1949 zu erinnern:

"Die alliierte Note erleichtert zwar die Lage in Bonn; daß aber trotzdem der Beschluß von Hannover das Grundgesetz gefährdet, steht außer Zweifel."

Diese Gefahr war am 23.4.1949 längst vorbei.

Ein kaum glaublicher Vorfall

sp - Der SPD-PresseDienst hat am 5. April der Klarstellung kaum gegeben, die der Frankfurter Oberstaatsanwalt a.D. Rittau in der "Wehrwissenschaftlichen Rundschau" zur alleinigen Verantwortung des Bundesverteidigungsministers für die sog. "Generalsdenkschrift" vom August 1960 veröffentlicht hat. Das Bundesverteidigungsministerium hat in einer Entgegnung, die es erstaunlicherweise nicht dem SPD-PresseDienst zuleitete, die Behauptung aufgestellt, dass Rittaus Klarlegungen falsch seien, weil es gar keine "Atomdenkschrift", sondern nur eine "Information an die Truppe" gäbe, die sich gar nicht an die Öffentlichkeit gewandt habe. Insofern sei auch die in der "Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung" niedergelegte Unterzeichnungspflicht des Ministers nicht gegeben gewesen.

Diese Entgegnung des Bundesverteidigungsministeriums stellt einen bisher noch nicht erreichten Höhepunkt der "Darstellungskunst" dar. Auf die Vorwürfe gegen sein fachliches Können wird der Oberstaatsanwalt zweifellos selbst und in der gehörigen Form antworten. Die allen wirklichen Tatbeständen aber ins Gesicht schlagende Behauptung des Ministeriums, die sog. "Generalsdenkschrift" (von einer "Atomdenkschrift" hat bisher niemand gesprochen) sei nichts anderes als eine "Information für die Truppe" gewesen und habe sich gar nicht an die Öffentlichkeit gewandt, muss hier mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen und angeprangert werden. Tatsache ist, und das hat inzwischen auch die SPD-Bundestagsfraktion offiziell bekanntgegeben, dass das Bundesverteidigungsministerium selbst diese "Denkschrift" in einer eigens dafür einberufenen Pressekonferenz am 19. August 1960 der deutschen und internationalen Öffentlichkeit mitgeteilt, und dass das regierungs-offizielle "Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung am 20. August diese Denkschrift abgedruckt hat.

Die geradezu bedenkenlose Art, mit der diese Tatsachen in der Entgegnung des Bundesverteidigungsministeriums unter den Tisch gebügelt werden, sucht zweifellos ihresgleichen vergebens. Die Vorstellung, dass ein Ministerium der Bundesregierung zu derartigen Mitteln greift, um einen klaren Tatbestand zu verwischen, ist mit der sonst gemeingültigen Ansicht von den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie gewiss nicht mehr zu vereinbaren.

Es sei denn, und diese Frage muss angesichts des klaren und unmissverständlichen Wortlauts der Entgegnung des Bundesverteidigungsministeriums nunmehr in aller Form gestellt werden: es sei denn, die Verfasser und der Unterzeichner der "Denkschrift", also die von Bundesverteidigungsminister nach der Kieler Kommandeursbesprechung vom 11. bis 13. Juli 1960 mit der Niederschrift beauftragten Generale und der im August 1960 amtierende Generalinspekteur, der Marine-Inspekteur Vizeadmiral Ruge, seien damals, im August 1960, tatsächlich der Ansicht gewesen, die von ihnen gefertigte und unterzeichnete Denkschrift sei wirklich nur für den Abdruck in der "Information für die Truppe" bestimmt, also ein truppen-interner Vorgang gewesen; und es sei denn, die Verfasser und der Unterzeichner dieser Denkschrift hätten damals, im August 1960, gar nicht gewusst, dass ihr Memorandum der Öffentlichkeit übergeben werden sollte, so dass sie gar nicht auf den Gedanken gekommen wären, nicht sie, sondern der Bundesverteidigungsminister hätte mit seiner Unterschrift für den Inhalt des Memorandums geradestehen müssen. Das aber hiesse, dass den Generälen und dem Vizeadmiral etwas geschehen wäre, was man in anderen Bereichen mit sehr deutlichen Worten zu bezeichnen pflegt.

Diese Feststellungen sind nach Lage der Dinge die einzig zulässigen Folgerungen aus dem Wortlaut der Entgegnung des Bundesverteidigungsministeriums, wenn diese Entgegnung der wirklichen Sachlage entspricht und nicht nur eine einfache Verschleierung ist. Wenn die oben erwähnten Folgerungen aber zutreffen sollten, dann allerdings liegt ein sehr ernster Sachverhalt vor, der bis zum letzten geklärt werden muss.

"Neue Politik"

W.P. - Der Herausgeber der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift "N e u e P o l i t i k", Wolf Schenke, hat für den 30. April die seit langem geplante Gründung einer politischen Organisation angekündigt, deren hauptsächlichstes Ziel es sein soll, "die Voraussetzungen für den Zusammentritt einer deutschen Nationalversammlung schaffen zu helfen". Von der Diskussion des Anfang September 1960 bereits gegründeter "Deutschlandrates", der am Vormittag in Hamburg zusammentreten soll, werde es abhängen, so heisst es, ob die Gründung den Charakter einer politischen Partei erhalten wird. Dem "Deutschlandrat" gehören neben dem Initiator Schenke u.a. der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann S c h w a n n, Botschafter a.D. von H e n t i g, Oberst a.D. von B o n i n und Dr. Bode von M a n s t e i n ("Kampfbund gegen Atomschäden", Betbold) an. Man rechnet in Hamburg mit einer Teilnahme von 150 Personen, die die seit Jahren bestehender "Leserkreise" der Zeitschrift "Neue Politik" nach Hamburg entsenden sollen.

Um den Hintergrund dieser geplanten Gründung etwas deutlicher zu erkennen, bedarf es eines Hinweises auf die bisherige politische Tätigkeit von Wolf Schenke. Dieser gilt als Ostasienexperte, seit er nach einer vorübergehenden Tätigkeit als Oberbezirksführer in der Reichsjugendführung der Hitlerjugend von 1937 bis 1947 als Korrespondent des damaligen "Deutschen Nachrichten-Büros" (DNB) in China lebte. Er verfasste die Bücher "China im Sturm" und "Neue Weltmacht China". 1956 bereiste er Rot-China und schrieb darüber in der Tageszeitung "Die Welt" eine grosse Artikelserie. Nach seiner Rückkehr gründete er die "Deutsche China-Gesellschaft". Seit 1949 gibt Schenke den Presseklub "Realpolitik" heraus und seit Anfang 1956 die "Neue Politik". Er schaltet sich darin aktiv in die Bestrebungen ein, nationale, nationalistische und national-bolschewistische Kräfte, die - wie sie sagen - weder die östliche noch die westliche Konzeption der Deutschlandfrage vertreten, zu sammeln. Ziel seiner politischen Initiative soll es sein, "ein in Zeichen der Unabhängigkeit wiederhergestelltes Deutschland in die weltpolitische Zusammenarbeit mit den Nationen (vor allem in Asien und Afrika) zu bringen, die sich weder nach Sowjet-Russland noch nach den USA orientieren."

Bei diesen Bestrebungen ist Schenke wiederholt in die Nähe von Kreisen geraten, die in der Bundesrepublik die östliche Sache vertreten. Er wird sich daher gefeller lassen müssen, dass man seiner geplanten politischen Tätigkeit mit Bedenken begegnet, zumal in seiner Zeitschrift auch innenpolitische Vorstellungen entwickelt wurden, die mit der im Grundgesetz der Bundesrepublik gegebenen verfassungsmässigen Ordnung schlecht vereinbar erscheinen; etwa in den "Leitsätzen einer neuen Politik", in denen eine "ständische Ordnung" und eine "Demokratie von unten nach oben" die politischen Parteien ersetzen soll. Die neue Politik setzt an die Stelle der Scheindemokratie des Massenzitalters eine freiheitliche, organisch gegliederte Volksgemeinschaft. Sie vereint starke Führung mit weitgehender Selbstverwaltung und der Freiheit aller Staatsbürger, das Schicksal des Volksganzen wirksam mitzugestalten." Derartige vage Parolen erinnern an Ideen, die das Leben der Weimarer Republik bereits lähmten und dazu beitrugen, die Demokratie funktionsunfähig zu machen.

Kinderhehen - immer noch ein Weltproblem

B.K. - Unter Vorsitz von Frau Tamar Eshei (Israel) versuchte die Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO, die sich mit der Stellung der Frau befasst und in der achtzehn Staaten durch weibliche Delegierte vertreten sind, ein international gültiges Mindestalter für die Eheschliessung festzulegen. Das Ziel dieser Bemühungen, die sich nun schon über Jahre hinziehen, besteht darin, dem Brauch der Kinderhehe, die selbstverständlich ohne Einwilligung der betroffenen Partner abgeschlossen wird und meist geschäftliche Zwecke verfolgt, ein Ende zu setzen. Die Absicht, in einer rechtsverbindlichen internationalen Konvention ein Mindestalter festzulegen, musste aber aufgegeben werden, da in zuvielen Ländern das Heiratsalter sehr tief ist, und keine Aussicht besteht, diese Verhältnisse in kurzer Zeit zu ändern.

Die Kommission fand eine Kompromisslösung in der Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes, der keine Altersgrenze enthält, und einer im übrigen gleichlautenden Empfehlung, die als Mindestalter das vollendete fünfzehnte Altersjahr nennt. Selbstverständlich ist die Kommission nicht der Meinung, es sei ideal, mit fünfzehn Jahren schon zu heiraten! Sie will vielmehr zum Ausdruck bringen, dass es sich bei dieser Grenze um ein Minimum handelt, das Ländern, die es noch nicht erreicht haben, als Richtlinie dienen soll. Es gab Delegierte, die das Mindestalter auf acht Jahre festsetzen wollten, um sich nicht allzu weit von der Wirklichkeit in ihren Ländern zu entfernen. Scheinbar sind auch in einem Gliedstaat der USA die Jugendlichen schon vom vierzehnten Jahre an heiratsfähig. Wenn also auch bei der Abfassung des Konventionsentwurfes auf die Forderung einer Altersgrenze verzichtet werden musste, stellt er für manche Länder doch einen bedeutenden Fortschritt dar und festigt das Recht des Menschen, frei über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Der erste Artikel stellt fest, dass keine Ehe ohne die freie und volle Zustimmung beider Partner geschlossen werden darf; die Einwilligung muss von ihnen persönlich in Anwesenheit der zuständigen Behörde und vor Zeugen zum Ausdruck gebracht werden.

Im zweiten Artikel werden die Staaten verpflichtet, das Heiratsalter gesetzlich festzulegen. Und schliesslich verlangt der dritte Artikel, dass die Eheschliessungen von der zuständigen Behörde in einem offiziellen Register eingetragen werden müssen.

Für uns in Europa sind das natürlich alles Selbstverständlichkeiten, über deren tieferen Sinn man kaum noch nachdenkt. Das Faszinierende unserer Zeit besteht aber darin, dass sich diese und andere Selbstverständlichkeiten Schritt um Schritt auf die ganze Welt ausbreiten.

Die Frauenkommission erörterte ferner eingehend die Probleme der erwerbstätigen, insbesondere der verheirateten Frau und deren Bildungsmöglichkeiten. Sobald der soziale Schutz der berufstätigen Frau eine gewisse Grenze erreicht, entsteht erneut die Gefahr einer Diskriminierung da die Arbeitgeber andere Arbeitskräfte, deren Einstellung mit weniger Lasten und Verpflichtungen verbunden ist, vorziehen. In verschiedenen Ländern ist deshalb neuerdings in Frauenkreisen die Tendenz zu beobachten, auf eine arbeitsrechtliche Privilegierung zu verzichten. Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Kommission auch der Steuerpolitik, durch welche die verheiratete berufstätige Frau in manchen Ländern hart getroffen wird, was zum Verzicht auf die legale Eheschliessung führen kann oder aber die Frau enttätigt, nach der Verheiratung weiterhin berufstätig zu sein.

Eine "zweite Front" in Südost-Asien?

Von Eberhard Dingels

Während die Weltöffentlichkeit in einer Mischung von Sorge und gedämpfter Hoffnung die Entwicklung in Laos beobachtet, droht sich in benachbarten Süd-Vietnam eine Auseinandersetzung anzubahnen, die für die Stabilität Südost-Asiens nicht minder gefährlich werden kann, als die Krise um Vientiane.

In den letzten Wochen hat die in Süd-Vietnam operierende kommunistische Untergrundbewegung "VIET CONG" ihr militärische Aktivität von den ländlichen Bezirken auch auf die Städte ausgedehnt. Nach Aussagen amerikanischer Diplomaten aus der Hauptstadt Saigon ist die Kontrolle des derzeitigen Regimes Diem besonders in den nördlichen Distrikten des Landes im letzten halben Jahr so sehr geschwunden, dass in vielen Ortschaften die Repräsentanz der Zentralregierung nur noch auf dem Papier steht. Zahlreiche Beamte und Behördenvertreter Diems haben sich noch der Hauptstadt abgesetzt, zum größten Teil aus Furcht vor den mit äußerster Härte durchgeführten Überfällen der kommunistischen Guerillas. Zwar wäre es zur Zeit falsch, schon von einer Abdankung des Regimes zu sprechen, jedoch deuten alle Zeichen darauf hin, dass die entscheidende Auseinandersetzung zwischen dem Staatspräsidenten und den Kommunisten kurz bevorsteht.

Es ist nur zu natürlich, dass die westlichen Regierungen, und hier vor allem die Administration in Washington, mit grosser Besorgnis die politische und militärische Szenerie in Süd-Vietnam betrachtet. Man gewinnt dabei den Eindruck, dass die Kommunisten bestrebt sind, angesichts der Entwicklung in Laos eine Art "Zweite Front" in Süd-Vietnam zu errichten, um dadurch ihre Ziele einer Beherrschung Südost-Asiens erreichen zu können. Interessant hierbei ist, dass die Waffenlieferungen des kommunistischen Nord-Vietnam an die rechtlichen Verbände des Pathet Lao nie dieses Ausmass erreicht haben, wie dies im Falle der Unterstützung für die kommunistischen Guerillas in Süd-Vietnam der Fall ist. Noch entscheidender aber ist, dass das Regime Diem in vielen Dingen den kommunistischen Agitatoren eine ausgezeichnete psychologische Angriffsfläche bietet. Es ist bekannt, dass die Familie des

8. April 1961

derzeitigen Staatspräsidenten in hohem Masse Staatsfunktionen für persönliche Profite benutzt. Weiterhin ist es kein Geheimnis, dass die Verwaltung von korrupten Elementen durchsetzt ist, während die Forderungen der demokratischen Opposition, darunter auch der Sozialisten Süd-Vietnams, in Saigon auf taube Ohren gestossen sind.

Schon im vergangenen Jahr ist es innerhalb des anti-kommunistischen Lagers in Saigon zu einer tiefen Krise gekommen, die zum kurzlebigen Putsch der Fallschirmjäger in der Hauptstadt führte. Ausserdem ist das Vertrauen, das der Staatspräsident bei der Aufrichtung des süd-vietnamesischen Staates in der Mehrzahl der Bevölkerung besass, durch die falsche Politik der Regierung selbst zerstört worden.

Nicht zu vergessen ist aber auch, dass ein grosser Teil der westlichen Hilfe für das Land von Diem nicht so verwandt worden ist, dass es sich zum Besten des Volkes ausgewirkt hätte. Weder hat man eine echte Agrarreform durchgeführt, noch die zur Verfügung gestellten Summen für den Aufbau einer der Struktur des Landes angemessenen Industrie aufgewandt. Die Unterschiede zwischen arm und reich sind die krassesten, die es in Südost-Asien gibt, und viele der Flüchtlinge, die vor dem kommunistischen Regime in Nord-Vietnam Zuflucht bei Diem suchten, haben sich enttäuscht und verbittert von ihm abgewandt. So paradox es klingen mag, es sind jene Flüchtlinge, deren Elend von den kommunistischen Agenten für deren eigene Ziele ausgenutzt wurde.

Welches Masse aber die Dinge in Süd-Vietnam angenommen haben, wird sich bei der Präsidentenwahl herausstellen, die am 9. April stattfindet. Zwar ist Diem der einzige Kandidat, jedoch haben die Kommunisten erklärt, sie würden an diesem Tage das Ende des Regime herbeiführen. Ihre Terrorkräfte lassen erkennen, dass alles darauf abgestellt ist, die Verwirrung und das Durcheinander im Lande zu steigern, und möglicherweise die Bevölkerung durch Einschüchterungsmassnahmen von der Wahlurne fernzuhalten. Die faktische Kontrolle in vielen Teilen des Landes ist ihnen schon zugefallen. Sollte ihnen auch noch die optische zufallen, dann wäre dies der Anfang vom Ende.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel